



**DIE  
REPUBLIKANER**

Mitteilungsblatt der Kreistagsfraktion  
DIE REPUBLIKANER im Kreis Bergstraße  
Ausgabe 12/2010

Bitte lesen und an Freunde  
und Bekannte weitergeben.

**Danke!**

# Bergsträßer KREIS REPORT

**KONSERVATIV • CHRISTLICH • PATRIOTISCH**



**Haymo Hoch**, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
am 27. März 2011 wird ein neuer Kreistag gewählt. Wir wollen Sie deshalb noch einmal darüber informieren, was die Abgeordneten der Republikaner getan haben. Dies ist umso mehr erforderlich, als die Presse nach wie vor über einen großen Teil unserer Anträge und Stellungnahmen nicht berichtet. Nachweislich sind wir neben den Grünen die aktivste Fraktion im Kreistag. Man wird außerdem sagen können, dass die Republikaner sich mehr als alle anderen an der Sache orientieren statt an der parteipolitischen Position. Während sich die Koalition aus CDU, Freien Wählern und FDP einerseits sowie die Opposition aus SPD, Grünen und Linken andererseits starr gegenüberstehen, entscheiden wir immer von Fall zu Fall, welche Lösung aus unserer Sicht für den Kreis und seine Bürger die beste ist.

Leider reicht der Platz nicht aus, um auf den folgenden Seiten alle von uns gestellten Anträge und Anfragen unterzubringen. Eine vollständige Übersicht finden Sie im Internet unter der Adresse [www.rep-bergstrasse.de](http://www.rep-bergstrasse.de).

Natürlich verleugnen wir auch im Kreistag nicht, wofür die Republikaner allgemein eintreten.

**Konservativ - christlich - patriotisch:** Entgegen dem linken Zeitgeist, der auch die Merkel-CDU voll ergriffen hat, treten wir für traditionelle Werte ein und setzen diese in Anträge für den Kreistag um. **Helfen Sie uns dabei, dass es auch im nächsten Kreistag noch eine konservative Stimme gibt!**

## Der Kreis wird vorsätzlich in die Pleite getrieben

Die Gesamtverschuldung des Kreises Bergstraße wird im Jahr 2011 um 48,3 Millionen Euro auf 443,1 Millionen Euro ansteigen. Dies entspricht 866,6 Millionen DM. Vor 10 Jahren waren es erst 209,5 Millionen DM, also weniger als ein Viertel. Zur Zeit profitiert der Kreis noch von den niedrigen Zinsen. Wenn sie eines Tages - was zu erwarten ist - wie-

der ansteigen, wird die gewaltige Schuldenlast den Kreis endgültig erschlagen. Man kann sich ausmalen, welche Notmaßnahmen dann zu Lasten der Bürger erforderlich sein werden.

Diese Entwicklung ist weder schicksalhaft noch auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. **Es gibt vielmehr zwei wesentliche Ursachen:** Zum einen bürdet der Bund den Kommunen durch immer neue Gesetze im Sozialbereich Lasten auf, für die er entweder gar nicht oder nur teilweise zahlt. Der Kreis muß inzwischen

bei den Sozialausgaben ein Defizit von 79 Millionen Euro tragen. Schuld daran sind die in Berlin regierenden Parteien, die sich gerne für ihre Wohltaten feiern lassen, aber dann das Bezahlen vergessen (derzeit CDU/CSU und FDP, bis 2009 auch die SPD). Eine besondere Rolle spielt dabei der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Kreises Bergstraße **Dr. Michael Meister**, ein in Berlin als stellvertretender Vorsitzender und Finanzexperte der CDU/CSU-Fraktion sehr einflußreicher Mann. **Was tut er für den**

**Kreis?** Offensichtlich nichts. Im Gegenteil, er stimmt für immer neue Belastungen, so etwa vor kurzem bei der Einführung eines Rechtsanspruchs auf Kindertagespflege (für den wiederum der Kreis zahlen muß).

Selbst verantwortlich ist Landrat Wilkes (CDU) für ein weit überzogenes Schulbauprogramm, für das der Kreis allein 2011 mehr als 38 Millionen Euro zahlen wird. Natürlich sollen Schüler und Lehrer in gepflegten Gebäuden sitzen. Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum die größten Investitionen in der Geschichte des Kreises ausgerechnet in einer Zeit erfolgen, in der die Schülerzahlen als Folge der allgemeinen demographischen Entwicklung massiv zurückgehen. Bei der Beratung des Schulentwicklungsplans 2010-2016 wurde deutlich, dass schon jetzt manche Schulen wegen Schülermangels kaum noch gehalten werden können. Es ist absehbar, dass in 10 bis 15 Jahren ein großer Teil der jetzt aufwändig sanierten oder erweiterten Schulen leer stehen wird.

**Wir haben deshalb umfangreiche Änderungsanträge gestellt und den Haushaltsplan abgelehnt.**

## Alle sind verantwortlich

In den Jahren 2005 bis 2007 kam es bei dem vom Kreis Bergstraße zur Betreuung der Langzeitarbeitslosen gegründeten **Eigenbetrieb Neue Wege** zu umfangreichen Unterschlagungen. Der Kreis klagte, da bei dem Täter nichts zu holen war, gegen den damaligen Betriebsleiter auf Schadensersatz wegen Verletzung der Aufsichtspflicht. Die SPD griff darüber hinaus jahrelang den damaligen Ersten Kreisbeigeordneten Jürgen Lehmborg (CDU) an, der in ihren Augen der Hauptverantwortliche für organisatorische Mängel war.

Nun hat das Verwaltungsgericht Darmstadt gesprochen: Mit Urteil vom 26. 8. 2010 wies es die Klage gegen den früheren Betriebsleiter auf Zahlung von 523.000 Euro ab. **Wesentliche Begründung:** Er sei nicht allein verantwortlich. Es stehe vielmehr zur Überzeugung des Gerichts fest, daß auch die Mitglieder der Betriebskommission zur Schadensverursachung beigetragen haben, indem sie ihren Überwachungspflichten nicht in dem erforderlichen Umfang nachgekommen sind. Die Betriebskommission setzt sich aus Vertretern von CDU, SPD, Freien Wählern und FDP zusammen. Die SPD stellt allein drei der sieben Kreistagsvertreter. Seitdem ist nichts mehr zu hören; man könnte sich ja selbst belasten.

## Bildung

**Aus den Ausführungen des Abgeordneten Peter Bitsch:**

Vor kurzem wurde der neue Schulentwicklungsplan, gültig bis 2015/16, mit Mehrheit beschlossen.

**Hier Teile unserer Stellungnahme:**

Die beiden größten Probleme in diesem Bereich wurden zwar verklausuliert angesprochen, bleiben aber ohne konkreten Lösungsansatz. Das erste ist eine seit Jahrzehnten verfehlte Familienpolitik, die in spätestens 15 - 20 Jahren in eine demographische Katastrophe münden wird. Und das zweite ist eine langjährige unregelmäßige Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Hätte man nur einen kleinen Teil der unzähligen Milliarden, die bisher in die Zuwanderung geflossen sind, für die Förderung der eigenen Familien ausgegeben, hätten wir heute demographische Luxusprobleme, wie die Franzosen, Schweizer, Südtiroler u.a.

Unsere jetzige Situation ist von ideologisch verblendeten politischen Kräften gewünscht und

herbeigeführt worden. Nachdem jetzt die Lage insgesamt ziemlich aussichtslos geworden ist, hört man sogar von dort Stimmen, die zum Beispiel feststellen, dass Deutschland durch die Zuwanderung immer dümmmer wird und die entsprechenden Begründungen auch gleich mitliefern.

Nicht so in unserem Schulentwicklungsplan, da kommen die Probleme in einem Wust von Fachchinesisch, die den Durchschnittsleser sanft entschlummern lässt. Dass z.B. eine Jungenförderung notwendig ist, weiß man schon lange. Bei den Mädchen hat man gleich gewusst, wie man einen Girls Day organisiert. Natürlich ist hier auch das Land gefordert, wenn in Kindergärten und Grundschulen wesentlich mehr Männer als Erzieher und Lehrer beschäftigt werden müssen.

## Inklusion

Dieser Begriff steht für die absolute Wahlfreiheit für Eltern von Behinderten und anderen benachteiligten Kindern im Hinblick auf Schulformen und Einrichtungen.

Die UNO mit ihren weit mehr als 200 Mitgliedsstaaten hat eine Resolution beschlossen, wonach Behinderte von der Bildung nicht ausgeschlossen werden dürfen. Dass Länder wie Deutschland dabei im Fokus standen, ist mehr als zweifelhaft. Denn es gibt sehr viele Länder ohne Mitleidskultur,

An die hat man von Seiten der UNO wohl zuerst gedacht. Aber wenn wundert es eigentlich, Deutschland war Anfang 2008 einer der Erstunterzeichner, von den relativ wenigen, die bisher überhaupt dabei sind.

Wir haben mit den Förder- und Sonderschulen bewährte und gewachsene Strukturen. Sie zu zerschlagen und nicht zu wissen, was dabei herauskommt, bedeutet, dass man aus der langen Misere

der Bildungspolitik nichts gelernt hat. Jetzt sollen Kinder unabhängig vom Grad ihrer Behinderung in Regelschulen gehen, sofern die Eltern dies wollen. Und fast alle tun so, als wären sie auch dafür, verweisen aber hinter vorgehaltener Hand auf das staatliche Schulamt, das im Fall des Falles eben nein sagen muss. Vertrauensbildende Politik sieht anders aus! In meinen Augen können viele Eltern nicht objektiv sein, wofür ich sehr viel menschliches Verständnis habe. Denn Eltern wären keine richtigen Eltern, hätten sie nicht den sehnlichsten Wunsch, gesunde und gescheite Kinder zu besitzen.

#### **Anmerkung:**

Diese Ausführungen genügten der FDP-Fraktion unter ihrem Vorsitzenden Sürmann, um tief betroffen und entsetzt den Saal zu verlassen. Wir können nur hoffen, dass nicht allzu viele Menschen auf diese Schmierkomödie hereingefallen sind.

## **Erziehung**

Ab 2013 gibt es für unter Dreijährige einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Wir wollten den Kreistag per Antrag für eine Resolution gegen diesen Rechtsanspruch gewinnen. Hier Auszüge aus unserer Begründung:

Auch die Beratungsstelle in Lampertheim führt in ihrem Jahresbericht aus, dass eine frühe Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz mit dem Aufbau einer positiven Eltern-Kind-Beziehung die beste Basis für eine gesunde Entwicklung der Kinder ist. Da stellt sich doch die Frage, ob es die beste Familienpolitik ist, die Kinder möglichst früh aus der Obhut der Eltern zu nehmen. Wenn es so wäre, müsste man annehmen, dass es für das Kindeswohl zuträglicher ist, von staatlich bestellten Beauftragten, als von den eigenen Eltern umsorgt zu werden. Dann müsste man

auch sagen, wir haben das Erbe der DDR übernommen, wo Erziehung als Staatsaufgabe begriffen wurde.

Das Gesetz hat freilich auch seine praktischen Seiten. Viele Familien sind darauf angewiesen, dass beide Elternteile verdienen und geben deshalb das Kind weg. Dann sollte man aber nicht behaupten, das Kindeswohl stünde im Vordergrund, wenn es doch nur um die Finanzen geht. Oder aber Frauen, die sich verwirklichen wollen: Auch hier ist mehr von den Belangen der Mütter die Rede als vom Interesse des Kindes.

Aber es geht nicht nur um die Kinder, sondern auch um die Eltern. Bis vor nicht allzu langer Zeit war es normal, dass man seine Erfahrungen, sein Wissen und auch moralische Grundregeln an seine Kinder und Enkelkinder weitergegeben hat. Es war klar, wer überzeugen will, muß Vorbild sein. Dies ist nicht immer bequem und vergnüglich und manche Pflichten abzuschieben ist deshalb verführerisch.

Da gibt es in Krippen und Kindergärten und später auch in der Schule Frühstück und Mittagessen, auch die früheren Hausaufgaben werden dort gemacht. Pflichten der Eltern für ihre Kinder: **Fehlanzeige**, die werden abgeschafft.

Nur, damit verstärkt man die traurige Tatsache, dass gerade die Eltern der Kinder, die es am nötigsten bräuchten, keinen Kontakt zu Lehrern und Schule halten. Und die Erziehung, die ist dann dem Staat überlassen. Ob es dem gelingt, ohne Vorbild sein zu können, aus diesen Kindern Bürger zu formen, die nach Kräften zum Wohl der Gemeinschaft beitragen und für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen?

Nicht immer ist es ratsam und segensreich, Lasten und Pflichten

abzunehmen, auch wenn es noch so gut gemeint ist. Natürlich gibt es Gruppen, für die die Krippe oder der Kindergarten allemal besser ist als das Vorbild Zuhause. Hier denke ich auch an Familien mit Migrationshintergrund, die selbst nichts für ihre Integration tun. **Wie können sie da ihren Kindern Vorbild sein?**

Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, können Sie in sozialistischer Tradition melden: Wir bringen unseren Kindern zwar nichts bei, aber das gilt für alle, die Dummen und die Gescheiten, denn wir sind sozial gerecht!

**Unser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.** Ein Sprecher der CDU sprach von rückwärts gewandter Ideologie. **Wir fragen uns, wer schützt uns künftig überhaupt noch vor DDR-Verhältnissen?**

## **G 8: Wahlrecht auch für Gymnasien**

Die Republikaner haben bereits zweimal (2008 und 2010) beantragt, dass sich der Kreistag bei der Landesregierung für ein Wahlrecht zwischen der achtjährigen (G 8) und der neunjährigen (G 9) Gymnasialzeit einsetzen soll - ein Wahlrecht, das den Gesamtschulen zugestanden wurde und von dem kürzlich die Erich-Kästner-Schule in Bürstadt Gebrauch gemacht hat. Nach unserer Auffassung dürfen die Gymnasien nicht schlechter gestellt werden, zumal G 8 bei vielen Schülern und deren Eltern zu großen Problemen führt.

Obwohl die Anträge einer Forderung des Landes- und des Kreiselternebeirats entsprechen, wurden sie von allen anderen Parteien abgelehnt. Es ist in höchstem Maße heuchlerisch, wenn bei anderer Gelegenheit ein Teil dieser Parteien (insbesondere die SPD) G 8 kritisiert.

## Keine Umweltzerstörung durch Windkraftanlagen!

Nach dem Willen von SPD und Grünen, teilweise aber auch der CDU (Bürgermeister Haag in Bürstadt), soll es künftig im Kreis Bergstraße eine Vielzahl von Windkraftanlagen geben, sowohl im Odenwald als auch im Ried. Die heutigen Windräder sind etwa 180 Meter hoch, höher als der Kölner Dom. Sie würden die schlimmsten Umweltzerstörungen anrichten, die es jemals im Kreis Bergstraße gegeben hat - offenbar kein Problem für diejenigen, die sonst immer vom Umweltschutz reden.

**Wir Republikaner lehnen diese Ungetüme kompromisslos ab. Wir brauchen sie auch nicht, wenn die Kernkraftwerke weiterhin genutzt werden.**

## Odenwaldschule

Das Thema „sexueller Missbrauch von Kindern“ führte im Jahr 2010 zu heftigen Diskussionen. Im Mittelpunkt der Angriffe stand zunächst die katholische Kirche, bei der einzelne Verfehlungen zu Unrecht verallgemeinert wurden. Im Kreis Bergstraße stellte sich allerdings bald heraus, daß es zu den schlimmsten Übergriffen in der privaten Heppenheimer Odenwaldschule gekommen war. Möglicherweise handelte es sich um zwangsläufige Folgen der dort praktizierten sogenannten Reformpädagogik. Wir haben daraufhin eine Überprüfung der Odenwaldschule als staatlich anerkannter Ersatzschule beantragt und den Landrat aufgefordert, bis zur Klärung der Vorwürfe der Schule keine unter der Obhut des Jugendamtes stehenden Jugend-

lichen zuzuweisen. Zwei Wochen später hat der Landrat diese Zuweisungen gestoppt - angeblich ohne Zusammenhang mit dem Antrag der Republikaner.

**In der Kreistagssitzung war darauf hinzuweisen, daß es sich bei der Gestattung von Sex mit Kindern um eine alte Forderung der Grünen handelte.**

Die beiden Juristinnen, die mit einer umfassenden Untersuchung beauftragt waren, haben inzwischen ihren Abschlußbericht vorgelegt. Danach wurden mindestens 132 Jugendliche sexuell mißbraucht. Mehrere von ihnen sollen später Selbstmord begangen haben. Die Odenwaldschule sei ein „Nest von Pädophilen gewesen, die sich die Klinke in die Hand gaben“

## Draisine

Mit der Draisine soll die alte Bahnstrecke von Mörlenbach nach Wald-Michelbach für den Tourismus reaktiviert und damit die Wirtschaft im Überwald gestärkt werden. Der entsprechende Beschluß kam in der Kreistagssitzung am 8. 12. 2007 nur mit den Stimmen der Republikaner zustande, da die Freien Wähler das Projekt teilweise ablehnten.

Nun ist bald mit der Inbetriebnahme der Draisinenbahn zu rechnen. Wir wenden uns gegen alle Versuche, sie schon im voraus schlecht zu reden. Die Überwaldgemeinden brauchen dringend wirtschaftliche Impulse. Dafür ist das Geld gut angelegt.

**Unsere Kandidaten.** Insgesamt umfasst die Liste der Republikaner für die Kreistagswahl 27 Personen.

**Auf den vorderen Plätzen stehen:**

<b>Haymo Hoch</b>	Regierungsdirektor	(Zwingenberg)
<b>Peter Bitsch</b>	Industriekaufmann	(Birkenau)
<b>Stefan Offhaus</b>	Student	(Heppenheim)
<b>Helmut Reinhard</b>	Lagerverwalter	(Rimbach)
<b>Klaus Jänsch</b>	Maurerpolier	(Rimbach)
<b>Karl Lammer</b>	Rentner	(Gorxheimertal)

**Bitte ausschneiden und an folgende Anschrift schicken:**

**REP-Fraktion im Kreistag Bergstraße Postfach 1255  
69485 Birkenau**

Nachname: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

**Ich bitte um:**

- Mehr Informationen
- Einladungen zu Veranstaltungen
- Ein persönliches Gespräch
- Einen Aufnahmeantrag
- \_\_\_\_\_